

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 19 – Spielräume des Berufsbildungsgesetzes nutzen

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

Landesregierung muss handeln!

Sehr geehrter Herr Präsident , sehr geehrte Damen und Herren,
es ist schlimm, wenn Jugendliche keine Ausbildung bekommen und das Gefühl haben, sie werden nicht gebraucht. Noch schlimmer ist es aber, wenn sie dann in der Zeitung lesen, Politik und Wirtschaft verkünden wieder mal, alle BewerberInnen seien vermittelt. Geht man jedoch in eine Hauptschulklasse, dann erlebt man, dass nur wenige eine Stelle bekommen hat.

Wie kann das sein? Dieses Jahr gab es bis Ende Oktober in Schleswig-Holstein 14.666 gemeldete Stellen. Das sind zwar 391 mehr als im katastrophalen Vorjahr. Aber es sind immer noch über 1000 weniger als 2004, 5000 Stellen weniger als im Jahre 2001.

Seit Beginn des Bündnisses für Ausbildung sind in Schleswig-Holstein ein Drittel aller Lehrstellen verloren gegangen, die Bewerberzahlen aber ständig gestiegen.

Da fragt man sich natürlich: Wo bleiben die Jugendlichen? Die Antwort ist dramatisch. Ein kleiner Teil verschwindet völlig – hängt Zuhause ab und taucht Jahre später auf dem Sozialamt auf.

Der größte Teil befindet sich in Warteschleifen der unterschiedlichsten Art. In diesem Jahr kam nicht mal die Hälfte der BewerberInnen überhaupt direkt von der Schule, 26 Prozent kamen aus dem Vorjahr und 27 Prozent aus früheren Schulabgangsjahren.

Die Zahl der offiziell anerkannten BewerberInnen ist in diesem Jahr um fast 10 Prozent auf nunmehr 20.260 gestiegen. Damit stehen also offiziell auf 100 BewerberInnen nur 72 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Rechnet man jedoch diejenigen, die von vorneherein in eine Warteschleife eingruppiert wurden, dazu, dann kommt man nach Berechnung des DGB auf 33.000 BewerberInnen. Auf 100 Bewerber kommen dann nur noch 44 Stellen.

1/2



So erklärt sich, warum ganze Klassen fast keine Ausbildungsstelle bekommen haben.

Die Zahl der Migranten türkischer Abstammung, die keine Ausbildung bekommen, hat sich auf über 60 Prozent seit 1990 fast verdoppelt.

Und auch die Qualität der Ausbildung ist schlechter geworden. Viele große Firmen haben die gut ausgestatteten Lehrwerkstätten aus Kostengründen geschlossen.

Was für einen Sinn macht es aber, wenn wir mittlerweile jedes fünfte Mädchen zur Friseurin ausbilden, die anschließend arbeitslos sind.

Meine Damen und Herren,
machen wir endlich die Augen auf! Das Bündnis für Ausbildung ist gescheitert. Wir verbauen unserer Jugend die Zukunft, wenn wir nicht handeln. Deswegen habe ich den vorliegenden Antrag gestellt.

Der Bundesgesetzgeber hat im vorigen Jahr den Weg frei gemacht für die vollzeitschulische Berufsausbildung. Diese Art von Berufsausbildung ist kein Wunschmodell der Grünen, uns ist eine betriebliche Ausbildung sehr viel lieber. Ich weiß, dass sowohl die ArbeitgeberInnen wie auch die Gewerkschaften dem kritisch gegenüberstehen. Denn die wichtige Erfahrung der Integration in einen Betrieb fehlt den Jugendlichen dann.

Aber wir müssen handeln, um den Jugendlichen eine Perspektive zu geben und um ihre Talente für die Gesellschaft zu nutzen.

Bisher haben vier Bundesländer diese Möglichkeit umgesetzt: Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und Berlin. Auch im europäischen Ausland ist eine berufliche Oberstufe mit Betriebspraktika, die zu einem Berufsabschluss führt, längst üblich. Die dänischen Vollzeitberufsschulen wurden international gelobt.

Wenn es gelingt, hochwertige Ausbildungsgänge an der Berufsschule anzubieten, die häufig in den Betrieben nicht mehr so angeboten werden, und diese mit Betriebspraktika zu verbinden, und wenn es gelingt, diese gerade auch für gute SchülerInnen attraktiv zu machen, dann kann das ein Erfolgsmodell werden.

Vorstellbar ist aber auch eine ein- bis zweijährige Teilausbildung in der Berufsschule, der dann der Rest der Lehre im Betrieb folgt.

Meine Damen und Herren,
es ist Zeit zum Handeln – andere Bundesländer sind bereits vorangegangen, es wird Zeit, dass auch Schleswig-Holstein in Bewegung kommt. Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag.
